

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 15.03.2007**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	stimm. Mitgl.
Frau Heike Wießner	„
Frau Ute Haupt	„
Herr Hendrik Lange	„
Frau Gertrud Ewert	„
Frau Hanna Haupt	„
Frau Elke Schwabe	„
Frau Dr. Regine Stark	„
Frau Petra Meißner	„
Herr Leonhard Dölle	„
Frau Beate Gellert	„
Herr Dr. Peter Piechotta	„
Herr Winfried Weber	„
Frau Antje Klotsch	„
Herr Herbert Jomrich	beratend
Frau Renate Leonhard	„
Frau Peggy Rarrasch	„
Herr Lothar Rochau	„
Herr Sarunski	„
Frau Dr. Slomka	„
Frau Petra Schneutzer	beratend
Frau Dagmar Szabados	Bgm
Frau Dorit Schmidt	Verw
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Kramer	stimm. Mitgl.	entschuldigt
Herr Helmut Becker	beratend	
Herr Gebauer	„	
Herr Max Privorozki	„	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 15. Februar 2007
- 4. Quartalsbericht Hilfen zur Erziehung (HzE) IV. Quartal 2006
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 5. Bericht über das Kriseninterventionssystem
Berichterstattung: Frau Heder, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 6. Vorlagen
- 6.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2005 und Haushaltskonsolidierungskonzept
(Bitte bringen Sie die Unterlagen mit)
Vorlage: IV/2007/06261
- 6.1.1 Haushaltsplan 2007 - Änderung zur Planversion 70
(Bitte bringen Sie die Vorlage mit!)
Vorlage: IV/2007/06283
- .
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 9. Anregungen
- 10. Mitteilungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es noch Hinweise zur Tagesordnung gibt.

Durch Herrn Lange wurde angesprochen, dass von der Stadt die Haushaltskonsolidierung noch nicht vorliegt. Deshalb möchte er, dass der TOP 6.1. heute nicht behandelt wird.

Frau Szabados sprach an, dass der Haushalt des Fachbereiches in der Sitzung am 15.02.07 als 1. Lesung behandelt wurde. Es wurden alle den GB V betreffenden Unterlagen hierzu allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Da es keine Veränderungen gab, empfiehlt sie dringend, diesen TOP zu belassen. Der Jugendhilfeausschuss sollte heute zur Beschlussfassung hierzu kommen. Im Finanzausschuss wird zum Haushalt der Stadt nochmals alles aufgerufen.

Herr Lange stimmte unter der Voraussetzung, dass es bei dieser Klarheit bleibt, dem Belassen des TOP 6.1. zu.

Frau Szabados sprach zur Tagesordnung noch an, dass sie unter Mitteilungen über den Vorfall in der KITA am Breiten Pfuhl, welcher durch die Medien geht, informieren wird. Herr Kreisel vom EB Kita ist dazu ebenfalls anwesend.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass die Tagesordnung bestätigt wurde.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15. Februar 2007

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 4 Quartalsbericht Hilfen zur Erziehung (HzE) IV. Quartal 2006 Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute allen der Bericht vorliegt.

Herr Rochau wies auf den Bundestrend bei HzE hin, welcher 2004 eine 43%ige Steigerung hatte. 4,1% sind in Halle zu verzeichnen und eine 0,6% jährliche Steigerung. Er wies darauf hin, dass in letzter Zeit die Bürger vermehrt auf Kindeswohlgefährdung sensibilisiert sind. Bundesweit ist keine Steigerung bei Kindesstörung zu verzeichnen, auch wenn es dramatische Einzelfälle in Bundesgebieten gab. Auf der letzten Seite des vorliegenden Materials ist eine Tabellenübersicht mit den Fallzahlen und Ausgaben gesamt als auch die Fallzahlen Minderjähriger und Volljähriger mit den dazugehörigen Ausgaben. Herr Rochau sprach an, dass in den nächsten zwei Jahren die Installierung der Pro-Aktiven-Systeme erfolgen soll.

Es gab keine Anfragen.

zu 5 Bericht über das Kriseninterventionssystem Berichterstattung: Frau Heder, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Frau Heder sprach an, dass eine Powerpointpräsentation vorgesehen war, die leider auf Grund der ausgefallenen Technik heute nicht umgesetzt werden kann. Sie wird den Bericht vortragen und dieser wird dann der Niederschrift angehängt werden.

Frau Heder sprach an, dass es zum Kriseninterventionssystem 2003 einen Beschluss gab. Die zwei Formen davon sind: - Bereitschaftspflege und – Inobhutnahme im Kinder- und Jugendschutzzentrum für unter 18jährige. In der Bereitschaftspflege sind vorrangig Kinder zwischen 0-6 Jahre untergebracht. Die Verweildauer war innerhalb der 6 Monate, bis auf zwei Fälle, gewesen. Bei 101 Inobhutnahmen erfolgte die Rückführung in die Elternhäuser oder in Pflegeformen.

Ein Phänomen war 2006, dass das Kindesalter unter 14 Jahren signifikant war, also eine große Gruppe ergeben hat. Auffällig sind Beziehungs-, Sucht- und psychische Probleme bei Kindern und Eltern. Bei den Jugendlichen betrug die Verweildauer im Kriseninterventionsteam (KIT) nur wenige Tage, selten 2-3 Monate. 3 Jugendliche wurden in Hilfeformen außerhalb des Elternhauses untergebracht. Die Kapazität in der Krisenwohngruppe beträgt 13 Plätze, ist auf max. 20 Plätze ausdehnbar.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie eine Kontrolle zur Absicherung nach Rückführung ins Elternhaus erfolgt.

Frau Heder antwortete, dass mit den Eltern ein Erziehungs- und Betreuungsvertrag abgeschlossen wird. Es werden Angebote unterbreitet, wohin sich die Eltern bei Krisen wenden können.

Anfragen durch ein Mitglied (StR) welche Aussagen zur

1. Häufung von Fällen in Stadtgebieten

2. geschlechtsspezifischen Unterteilung
3. zu Kindern mit Migrationshintergrund

getroffen werden können.

Frau Heder antwortete zu

1. eine überwiegende Häufung ist in den bekannten Stadtteilen wie Südstadt, südliche Innenstadt, Neustadt zu verzeichnen. Es handelt sich hierbei überwiegend um Kinder, welche auf Grund von Vernachlässigung Inobhutnahme genommen werden.
2. im Jugendalter handelt es sich häufig um männliches Klientel; im Kindesalter hält es sich geschlechtsspezifisch die Waage.
3. bei Kindern mit Migrationshintergrund spielt eine Rolle, woher diese kommen. Bei diesen haben im Jugendalter das Rollen- und Kulturproblem eine große Rolle.

Frau Szabados sprach an, dass Frau Heder diese Aussagen in dem Bericht , welcher der Niederschrift angehängt wird, ergänzt wird.

Anfragen durch ein Mitglied (StR)

1. ob das im „KIT“ beschäftigte Personal pädagogisch ausgebildet ist.
2. verbleiben die aufgenommenen Kinder und Jugendlichen in ihrer bisherigen KITA oder Schule

Frau Heder antwortete zu

- 1.: Im Fachteam sind Sozialarbeiter und ein Psychologe und im Kriseninterventionsteam sind pädagogische Mitarbeiter beschäftigt. Diese Mitarbeiter arbeiten im Wechselteam.
2. Die aufgenommenen Kinder und Jugendlichen verbleiben überwiegend in ihrer bisherigen KITA oder im Schulverband. Bei Bereitschaftspflegen kann dies nicht immer gewährleistet werden, da kommt es auf das Wohngebiet der Pflegeeltern an.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob nach Verlassen des „KIT“ weiterhin die psychologische Betreuung durch den bisherigen Psychologen erfolgt.

Frau Heder antwortete, dass dieses bei einer länger notwendigen psychologischen Begleitung nicht umsetzbar ist, dann wird eine neue Betreuungsperson vermittelt. Der Psychologe des KIT kann die psychologische Betreuung langfristig nicht gewährleisten, da er für die Kinder und Jugendlichen im KIT verantwortlich ist. Sie verwies darauf, dass auch die KITA's und Schulen einbezogen werden. Die Sozialarbeiter halten den Kontakt zum Elternhaus.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie eine Rückkopplung zum Elternhaus bei „Selbstmeldern“ erfolgt.

Frau Heder antwortete, dass bei einer Inobhutnahme, welche tagsüber erfolgt, der ASD Kontakt zum Elternhaus aufnimmt. Erfolgt abends eine Inobhutnahme erfolgt die Kontaktaufnahme am nächsten Tag durch den ASD. Die Inobhutnehmenden sind für die Kinder und Jugendlichen zuständig, die Klärung erfolgt über die Sozialarbeiter des ASD mit dem Elternhaus. Bei Vermisstenanzeigen durch die Eltern fragt die Polizei im KJSZ Klosterstraße nach und erhält dann auch eine Aussage dazu.

Durch ein Mitglied (SkE) wurden die Aussagen von Frau Heder aus der Schulpraxis bestätigt. Die Schule wurde sofort durch einen Sozialarbeiter informiert und der Junge täglich zur Schule gebracht. Letztendlich war eine stationäre Unterbringung des Jungen erforderlich und die Schule wurde darüber in Kenntnis gesetzt.

Es erfolgten keine weiteren Anfragen.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005 und Haushaltskonsolidierungskonzept Vorlage: IV/2007/06261

Frau Schmidt sprach an, dass die Unterlegungen zum Haushalt 2007 für den Fachbereich allen Mitgliedern vorliegen, wie dies zur 1. Lesung behandelt wurde. Zur 1. Lesung wurden sämtliche Änderungen eingebracht.

Zu den Einnahme- und Ausgabepositionen des UA 4520 Lokaler Aktionsplan (Bundesprogramm) und des UA 4640 Zuschusserhöhung KITA wurden bereits am 15.02.07 Aussagen durch die Verwaltung getroffen und die Beschlussvorlage liegt allen vor. Diese stehen heute auch zur Beschlussfassung.

Die Haushaltskonsolidierungsblätter des GB V liegen ebenfalls seit der 1. Lesung allen Mitgliedern vor, es gibt hierzu keine weiteren Änderungen.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den Fällen von Kita-Ermäßigungen.

Frau Szabados antwortete, dass 2004 durchschnittlich 11.137 Kinder und 2006 durchschnittlich 11.996 Kinder betreut wurden. 2004 wurden 4.510 und im Jahr 2006 wurden 5.460 Anträge bewilligt. Nach § 90 SGB VIII waren in 2004 durchschnittlich 2.329 und in 2006 durchschnittlich 3.060 Ermäßigungsfälle zu verzeichnen.

2004 waren 2,3 Mio € und 2006 waren 3,1 Mio € Gesamtausgaben hierfür.

Dies entspricht einer durchschnittlichen Ausgabe in 2004 von 82,30 € und in 2006 von 84,40 € monatlich pro Fall.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob bei der „Geschwisterermäßigung“ bei Leistungsunfähigkeit eine Befreiung davon erfolgt.

Die Verwaltung bejahte dies.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie es bei der „freiwilligen Ermäßigung“ ist. Die Begrifflichkeit konnte nicht genauer definiert werden, da die Anfrage im Auftrag eines Fraktionsmitgliedes gestellt wurde.

Frau Szabados antwortete, dass hier gemeint sein könnte, wenn Kinder länger als die vereinbarte Betreuungszeit in der Kita verbleiben, weil diese dort besser aufgehoben sind. Also wenn es sich um „zusätzliche Betreuungsstunden“ handelt, welche finanziert werden.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie es gehandhabt wird, wenn der Kita-Beitrag ermäßigt wird, aber die Essensgeldpflicht bleibt. Läuft dies dann über den Halle-Pass?

Herr Zwakhoven antwortete, dass die Stadt nicht der Essensanbieter ist. Also kann dies nicht hierüber ermäßigt werden sondern läuft über den Fachbereich Soziales (Halle-Pass).

Anfrage durch ein Mitglied (StR), ob die Verwaltung Fallzahlen darüber hat, wie viel Kinder über deren Betreuungszeit hinaus in der Kita bleiben und welche Gründe es hierzu gibt.

Frau Szabados sagte zu, dass es hierzu in nächster Zeit mal einen Bericht dazu geben kann.

Frau Szabados verwies darauf, dass die Stadt Halle den Zuschlag für das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ erhalten hat. Damit die Bundesförderung auch kommt, muss die Vorlage hierzu, also die Mittel im UA 4520 zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes, bestätigt werden.

Durch ein stimmberechtigtes Mitglied (freie Träger) wurde um eine getrennte Abstimmung – TOP 6.1. und TOP 6.1.1 gebeten. Dies wird auch so erfolgen.

Frau Hanna Haupt rief erst zur Abstimmung des Punktes 6.1.1. auf

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Änderungen im Planteil Soziale Sicherung des Haushaltsplanentwurfes 2007 in den Unterabschnitten 4520 und 4640 (Fachbereich Kinder, Jugend und Familie)

Finanzielle Auswirkung:

Unterabschnitt	Einnahme Veränderung	Ausgabe Veränderung	Zuschuss Veränderung
4520 Jugendsozialarbeit	100.000	100.000	0
4640 Kindertageseinrichtungen	-	66.500	66.500
gesamt:	100.000	166.500	66.500

Abstimmungsergebnis:

Es wurde **einstimmig zugestimmt**.

Durch **Herrn Weber wurde angesprochen**, dass die Träger der freien Wohlfahrtspflege Bedenken zum Haushalt des Fachbereiches haben. Das Fachkonzept soll umgesetzt werden und jetzt werden bereits die Haushaltsmittel gekürzt. Die Träger unterstützen die Umsetzung des Fachkonzeptes, dennoch muss eine bedarfsgerechte Planung erfolgen. Aus diesem Grund kann der Haushalt so nicht mit getragen werden.

Frau Szabados sprach an, dass ein hoher Anspruch an den Haushalt vorgegeben wurde, diese anspruchsvolle Planung muss umgesetzt werden. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege haben ihre Meinung hierzu kundgetan, sie hofft auf die Unterstützung der Stadträte bei der Beschlusslagendurchsetzung.

Frau Hanna Haupt rief zur getrennten Abstimmung des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes auf.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zum Verwaltungshaushalt des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie:

Befürwortungen:	7
Ablehnungen:	3
Enthaltungen:	4

Somit wurde dem **Verwaltungshaushalt mehrheitlich zugestimmt.**

Abstimmung zum Vermögenshaushalt des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie:

Befürwortungen:	7
Ablehnungen:	4
Enthaltungen:	3

Somit wurde dem **Vermögenshaushalt mehrheitlich zugestimmt.**

zu 6.1.1 Haushaltsplan 2007 - Änderung zur Planversion 70 (Bitte bringen Sie die Vorlage mit!) Vorlage: IV/2007/06283

Dies wurde bereits unter TOP 6. aufgerufen und beschlossen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 8 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Anfrage von Frau Wiesner an die freien Träger, wie durch deren Sozialarbeiter/Streetworker Prävention in Schulen umgesetzt wird. Schulverweigerer sollen in Schulen zurückgeführt werden, wie erfolgt dies. Wird vom Kultusministerium hierzu die notwendige Hilfe gegeben.

Frau Gellert antwortete für die Sozialräume II und III, dass hier eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe läuft. Das Kinder- und Jugendhaus hat mit sechs Schulen einen Kooperationsvertrag abgeschlossen und es wurden gute Erfolge erzielt. Zu den Lehrern haben die Sozialarbeiter einen guten Zugang. Wünschenswert wäre eine Mitfinanzierung durch das Kultusministerium, damit dies nicht aus dem „Topf der Jugendhilfe“ erfolgt. Die Landesbeteiligung von 12,50 € hierbei ist nicht viel. Ein großes Problem stellen die Schulfusionierungen dar. Dadurch wird die eigene Arbeit wieder zurück geworfen. An der Basis ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule. Wünschenswert wäre eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kultus und Soziales, hier ist die Politik gefragt.

Herr Rochau teilte mit, dass am 29. März 2007 ein Treffen mit dem LVA, Bereich Schule, Herrn Ochs und Schulleitern im Fachbereich stattfindet. Hierbei werden die Umsetzung des Fachkonzeptes des Fachbereiches und die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Fachbereich und der ARGE eine Rolle spielen.

Anfrage durch Herrn Lange, wie der Stand zum Stadtschülerrat mittlerweile ist.

Herr Rochau informierte, dass es mehrere Gespräche dazu gab. Es sollte eine Vereinbarung zur Raumbereitstellung im „Wasserturm“ für diese getroffen werden. Die Schüler wollen aber gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat eine gemeinsame Anlaufstelle einrichten. Die inhaltliche Begleitung des Stadtschülerrates soll durch unseren Fachbereich erfolgen. Es wurde mit dem Fachbereich Schule eine Vereinbarung getroffen u.a. zur Finanzierung.

Frau Gellert fragte an, inwieweit sich das Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurück zieht, da diese seit ca. ¾ Jahr sich kaum noch an Veranstaltungen beteiligen.

Die Verwaltung wird dies prüfen.

Frau Klotsch sprach an, dass im Herbst wieder die Prioritätenvorlage Thema sein wird. Wie ist dies für 2007 geplant, wann wird sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hiermit beschäftigen. Es sollte zeitnah damit begonnen werden.

Frau Szabados antwortete, dass viele Dinge nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehören. Der Haushalt 2007 ist z.Zt. noch nicht bestätigt und es laufen Diskussionen dazu. Wenn der Haushalt 2007 bei der Kommunalaufsicht eingereicht wird ist noch mit Hinweisen von diesen zu rechnen, was noch eingespart werden muss. Wie allen bekannt ist, haben sich die drei Oberbürgermeister der Großstädte von Sachsen-Anhalt getroffen und es stehen viele Dinge auf dem Prüfstand, auch gegenüber dem Land. Die Haushaltsdiskussion muss abgewartet werden, bevor eine Prioritätenvorlage vorgelegt werden kann.

Frau Klotsch regte an, dass man sich dennoch über die Strukturen im offenen Bereich unterhalten sollte, auch unter dem Aspekt der Umsetzung des Fachkonzeptes. Es sollte rechtzeitig eine Diskussion zu den Prioritäten erfolgen, unabhängig von der Finanzierung. Dafür wäre eine Diskussion im Unterausschuss Jugendhilfeplanung gut.

Frau Szabados verwies auf die Leitziele der Kinder-, Jugend und Familienpolitik der Stadt. Es müssen inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden, um zu sehen, über welche Fördermittel dann diskutiert werden soll. In der Stadt ist angedacht, die Förderrichtlinien auf den Prüfstand zu stellen und **eine** grundsätzliche Förderrichtlinie für verschiedene Bereiche zu erarbeiten. Erst muss die Vorarbeit in der Verwaltung gemacht werden. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung können vorbereitende Arbeiten gemacht werden, welche dann in eine Förderrichtlinie einfließen können.

Anfrage von Herrn Godenrath, ob dem Fachbereich das Projekt des Stadtsportbundes „Kinder gewinnen“ bekannt ist, dies wird im Sportausschuss diskutiert.

Herr Rochau antwortete, dass ihm im Rahmen des Lokalen Aktionsplan ein Projekt des Stadtsportbundes bekannt ist, was dort laufen soll.

Frau Rarrasch sprach an, dass sie angefragt wurde, wer aus Halle zu der Beratung „Übergänge Kita-Schule“ in Magdeburg dabei war. Aus Halle war nur die Huttengrundschule bei der Beratung anwesend, den Trägern war dieser Termin nicht bekannt.

Frau Szabados antwortete, dass die Vertreterin der Huttengrundschule sagen müsste, wer sie dazu eingeladen hatte. Offensichtlich war dies sonst niemandem bekannt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 10 Mitteilungen

Frau Schwabe teilte mit, dass vor 14 Tagen im Ministerium für Soziales eine Veranstaltung „Auf dem Weg von KITA zum Familienzentrum“ stattgefunden hat. Vertreten waren aus der Stadt Halle Frau van Hoven, Frau Lukas vom Fachbereich und Vertreter des SKV. Sie äußerte ihr Erstaunen darüber, dass es keine weitere Interessenten von Trägern der Stadt hierbei gab.

Frau Schwabe teilte mit, dass seit ca. 1 Jahr das Projekt „Kinder bewegen“ mit der Universität Karlsruhe innerhalb der dortigen Kita´s läuft. Da es hierbei um frühkindliche Bewegung geht, sollte die Stadt Halle überlegen, ob sie mit der hiesigen Universität dieses Projekt auch angeht.

Frau Szabados antwortete, dass die Stadt Halle eng mit der Martin-Luther-Universität zusammen arbeitet. Es läuft auch mit dem Universitätssportbund und dem Bereich Sportwissenschaften ein Kindersportfest, welches in den Einrichtungen gemacht wird.

Frau Schwabe sprach an, dass hierzu auch die Qualifizierung von Mitarbeitern wichtig ist.

Herr Kreisel antwortete, dass es eine Plattform „Erziehung und Bewegung“ gibt, zu beiden Themen werden Mitarbeiter über die Universität qualifiziert.

Frau Ute Haupt teilte mit, dass im Sportausschuss ein Projekt Thema war, welches übergreifend wirksam wird. Dies läuft erst an und geht über die Hallesche Sportjugend. Bei Interesse kann sie dies hier mal vorstellen.

Frau Wießner teilte mit, dass morgen eine Veranstaltung mit dem Träger „Riesenklein e.V.“ zu Downsyndrom stattfindet. Dies ist eine Weiterführung zur integrativen Unterstützung für behinderte Kinder. Diese Vereinigung hat sich jetzt erst gegründet. Es gibt auch eine Internetadresse.

Frau Szabados bittet Frau Wießner um genaue Information an Herrn van Rissenbeck, damit dies an den Behindertenbeauftragten, Dr. Fischer weiter gegeben wird.

Frau Szabados informierte die Mitglieder über das Geschehnis in der KITA „Am Breiten Pfuhl“, wo einem „1-Euro-Jobber“ Missbrauch eines Kindes vorgeworfen wird. Dies ging bereits durch alle Medien der Stadt. Die ARGE hat sich eindeutig am Bundeskatalog orientiert, der in ARGE ist und Möglichkeiten der unterschiedlichen Arbeit u.a. in KITA´s und der Jugendhilfe insgesamt über 1-Euro-Jobs aufzeigt. Es gibt Projekte der Bewegungs- und Sprachförderung, die in KITA´s laufen. Diese Angebote laufen zusätzlich in den Einrichtungen und hierfür sind keine Fachkräfte erforderlich. Die 1-Euro-Jobber sind immer unter der Aufsicht der Erzieherinnen in den KITA´s dort tätig. Sie hatte zu dem Fall ein Gespräch mit dem Staatsanwalt, da die Ermittlungen laufen, kann sie sich hierzu nicht äußern. Der Mitarbeiter wurde sofort nach Bekannt werden aus der Maßnahme genommen. Diese Maßnahme läuft über die WISEG, diese wurden sofort über den Vorfall informiert. Die Leiterin der Einrichtung hat mit der Mutter des Kindes ein Gespräch dazu geführt. Die Mutter wurde nach eigenen Aussagen von dem Medieninteresse „völlig erschlagen“ und hat sich schriftlich zu dieser Sache geäußert. Frau Szabados verlas

dieses von der Mutter unterzeichnete Schriftstück den Mitgliedern. Sie widersprach damit den Mediendarstellungen, dass ihre Tochter traumatisiert sei und schilderte, wie RTL und BILD bei ihr zu Hause waren und welche Rolle sie spielen musste. Sie hatte sich dahin gehend geäußert, dass ihre Tochter ihr an dem Tag erzählt hatte, dass sie in der KITA nicht einschlafen konnte und dieser 1-Euro-Jobber sie daraufhin am Kopf und Rücken gestreichelt habe. Die Mutter hat von keinem Missbrauch gesprochen.

Zukünftig wird die ARGE von Mitarbeitern, welche in Kinder- und Jugendprojekten eingesetzt werden sollen, im Vorfeld ein Führungszeugnis einfordern. Sollte im Führungszeugnis ein Eintrag sein, wird diese Person nicht in Projekte mit Kindern und Jugendlichen eingesetzt. Dies trifft auf alle Jugendhilfeeinrichtungen zu, welche Projekte machen. Dies wurde auch mit der ARGE jetzt besprochen. Hierbei wurde auch die Frage zur Überprüfung der eigenen Mitarbeiter aufgeworfen. Es wurden Vereinbarungen dazu abgeschlossen, die Vorlage von Führungszeugnissen wird vor Einstellungen immer gefordert. Sie verwies hierzu an Herrn Rochau .

Herr Rochau teilte mit, dass ein großer Bestandteil im „KICK“ die §§ 8a und 72 a sind. Zum § 8a wurden mit allen Trägern der freien Jugendhilfe, welche entsprechende Leistungen vorhalten, Ende 2006 Vereinbarungen getroffen. Darüber hinaus soll jetzt eine Vereinbarung zum § 72a mit allen Trägern der freien Jugendhilfe abgeschlossen werden.

Herr Godenrath sprach an, dass Frau Szabados auf die Pressekonferenz nicht gut vorbereitet war. Der Sachverhalt wurde am nächsten Tag interveniert. Er übte Kritik an der Pressekonferenz. Er sprach an, dass auch ein vorgelegtes Führungszeugnis nicht 100ig alles abdecken oder aufzeigen kann. 1-Euro-Jobber haben nicht die Ausbildung von Fachkräften. Risiken müssen vermieden werden.

Frau Szabados antwortete, dass eine sogenannte „Schlafwache“ nicht in den Projekten drin ist. Andererseits sind pädagogische Fachkräfte in dieser Zeit auch anwesend, die 1-Euro-Jobber haben hier Hilfestellung gegeben. Dies wird nochmals in allen Einrichtungen jetzt geprüft. Sie machte darauf aufmerksam, dass kein Führungszeugnis eine Garantie über Auffälligkeiten gibt und laufende Ermittlungsverfahren ebenfalls daraus nicht sichtbar sind. Auf die kurzfristig anberaumte Pressekonferenz eingehend verwies sie darauf, dass sie zu diesem Zeitpunkt nur die Information vorliegen hatte, dass bei Neueinstellungen von pädagogischem Personal das Führungszeugnis verlangt wird. Im Nachgang der Pressekonferenz erteilte sie die Information, dass auch eine Überprüfung aller Erzieherinnen läuft , also Führungszeugnisse abverlangt werden. Da sie diesen genauen Kenntnisstand zur Pressekonferenz noch nicht vorliegen hatte, konnte sie dort keine Aussage machen.

Frau Gellert sprach dazu an, dass diese Projekte für alle Träger sehr hilfreich waren und nicht in Frage gestellt werden. Einige Erzieherinnen, die in diesen Projekten speziell bei ihnen als Träger sehr gute Arbeit geleistet haben , wurden auch fest eingestellt. Sie selbst hat von ABM und Jahrespraktikanten immer ein Führungszeugnis verlangt. Dieser finanzielle Mehraufwand bei der Abforderung von Führungszeugnissen sollte auch durch die ARGE finanziert werden. Auf Grund der entstandenen Situation, auch durch die Medien, verwies sie darauf, dass „es nicht nur böse Onkels sondern auch böse Tanten gibt“.

Frau Rarrasch stimmte Frau Gellert in deren Aussagen zu. Sie verwies darauf, dass dieses Problem aber nicht runter gespielt werden sollte. Als Mutter zweier Kinder möchte sie entscheiden, wer ihre Kinder anfasst.

Frau Szabados antwortete, dass sie über die entstandene Situation selbst sehr betroffen ist. Sie verwehrt sich dagegen, dass dies runtergespielt wird. Die Stadt hat sofort nach Bekannt werden des Vorfalls reagiert und Festlegungen getroffen. Sie verwies auf die verlesene Aussage der Mutter, welche den „sexuellen Missbrauch“ selbst relativiert hat. Die Staatsanwalt führt hier die Ermittlungen und das Ergebnis dazu ist abzuwarten.

Frau Hanna Haupt ergänzte, dass aus der verlesenen Aussage der Mutter deutlich wird, dass durch die Medien auch die Mutter für Medienzwecke „missbraucht“ wurde.

Herr Weber sprach an, dass ein 100iger Schutz völlig ausgeschlossen ist. Die Träger achten darauf, dass alle Fachkräfte ein Bewerbungsverfahren durchlaufen, wo auf verschiedene Dinge besondere Sorgfalt gelegt wird. Anders ist dies bei Maßnahmebewilligungen für Projekte, hier erfolgen die Bewilligungsbescheide sehr kurzfristig. Die Rahmenbedingungen für ABM und AGH gewähren vom Zeitpunkt der Bewilligung bis zum Beginn der Maßnahme gerade mal, dass eine Einführung in die Aufgaben erfolgen kann. Durch die Fachkräfte kann nicht ständig eine „Rund-um-Beaufsichtigung“ dieser Kräfte gewährleistet werden.

Frau Schwabe sprach an, dass auch von den Hausmeistern ein Führungszeugnis abverlangt und dies alle 5 Jahre aktuell vorgelegt werden soll.

Frau Szabados sprach an, dass die Hausmeister hierbei mit einbezogen werden.

Frau Klotsch teilte mit, dass die Ausführungen zum Gesetz das Eine sind. Letztes Jahr gab es bereits konstruktive Vorschläge dazu, welche nicht gehört worden waren. Erst bei Gefahrenlagen wurden die Hinweise jetzt ernst genommen.

Anfrage durch Herrn Godenrath, ob von den jetzt aktuell bereits Tätigen in Maßnahmen Führungszeugnisse vorliegen.

Frau Simon (ARGE) sprach an, dass bei den bereits in Maßnahmen Beschäftigten dies nicht vorliegt. Führungszeugnisse sind zahlungspflichtig und werden durch den Arbeitgeber von der Behörde abgefordert. Im März 2007 laufen viele Maßnahmen aus. Bei den laufenden Maßnahmen ist es jetzt schwierig, bei neuen Maßnahmen wird darauf verwiesen.

Frau Szabados teilte dazu mit, dass die Führungszeugnisse über die Arbeitgeber abgefordert werden müssen; dies soll in den Sachkosten mit aufgeführt werden. Es soll jetzt ein Formblatt entwickelt werden, wo auch die Frage zu laufenden Strafrechtssachen dem Einzustellenden vorgelegt wird. Es muss sich auf die Aussage Desjenigen verlassen werden. Laufende Strafrechtssachen sind vorab nicht bekannt und stehen demzufolge auch noch nicht im Führungszeugnis.

Weitere Mitteilungen:

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass nächste Woche im Strafvollzug ein Forumtheater auftritt, hier ist nur eine begrenzte Öffentlichkeit zugelassen. Sie gab die Einladungen an die Mitglieder und bat bei Interesse um schnellstmögliche Anmeldung hierfür.

Hanna Haupt

Szabados

Ausschussvorsitzende

Bürgermeisterin

Gez. Kaupke

Protokollantin